

# SPD demokratischer pressediens

P/XXXII/32

15. Februar 1977

Für und wider die Bürgerinitiativen

-----  
Oft fehlt die demokratische Legitimation / Herausforderung an die Parteien

Von Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen MdB  
Vizepräsident des Deutschen Bundestages und Präsident  
des Deutschen Städte- und Gemeindebundes

Seite 1 bis 3 / 117 Zeilen

Wie es um Berlin wirklich steht

-----  
Eine ermutigende Bilanz steht gegen die Miesmacherei  
der CDU

Von Waldemar Schulze MdB  
Stellv. Obmann des Ausschusses für innerdeutsche Be-  
ziehungen

Seite 4 und 5 / 56 Zeilen

Wieder eine echte "Sauerei"

-----  
Den Aussiedlern helfen und nicht Haß schüren

Von Rudolf Hauck MdB  
Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Jugend,  
Familie und Gesundheit

Seite 6 und 7 / 49 Zeilen

Chefredaktion: Helmut G. Schmidt

Hausallee 2-10, 5300 Bonn 12  
Postfach: 120 403  
Presshaus 1, Zimmer 217-224  
Telefon: 21 80 38-39  
Telex: 09 96 646-48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 88 11  
5300 Bonn-Bad Godesberg

## FÜR und wider die Bürgerinitiativen

---

Oft fehlt die demokratische Legitimation / Herausforderung an die Parteien

Von Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen MdB

Vizepräsident des Deutschen Bundestages und Präsident des  
Deutschen Städte- und Gemeindebundes

Die Diskussion um Rolle und Funktion der Bürgerinitiativen in der Bundesrepublik hat sich erneut belebt. Brokdorf und Wühl haben aktuelle Akzente gesetzt. Es gilt, sich verstärkt mit dieser Form von Gesellschaftspolitik zu beschäftigen und auseinanderzusetzen. Das öffentliche Interesse, das Bürgerinitiativen zur Zeit zu mobilisieren verstehen, geht teilweise weit über den lokalen Rahmen hinaus. Das Erscheinungsbild ist anders als bei den Bewegungen der 50er und 60er Jahre: Probleme werden angesprochen, die von den Parteien in den vergangenen Jahren im Ansatz zwar markiert wurden, mit denen sie dann aber die Bürger in vielen Fällen allein gelassen haben. Deshalb müssen die Fragen der Bürgerinitiativen zunächst auch als Fragen an die Parteien verstanden werden, die ja nach dem Willen des Grundgesetzes als besondere Willensträger politischer Entscheidungen fungieren.

Die Gesamtzahl der Bürgerinitiativen in der Bundesrepublik ist auf etwa 3.000 zu schätzen. In vielen Fällen sind sie spontane, meist relativ lose Gruppenbildungen. Ihre Mit- oder Gegenspieler sind weitgehend die Behörden. Was Bürgerinitiativen in der Regel verhindern wollen, ist die Durchführung kritizierter und nicht verstandener Verwaltungsakte. Doch sie verändern damit die Qualität der Beziehung zwischen Bürger und Amt, zwischen Bürger und Parteien. Das muß beachtet werden. Berechtigt aber ist, daß viele Bürgerinitiativen zur Durchsetzung massiver Eigeninteressen entstehen.

Sie dürfen in keiner Phase ihrer Aktivitäten durch den Titel Bürgerinitiative eine "Unantastbarkeit" beanspruchen, sondern sie müssen jederzeit auch bereit sein, sich der öffentlichen Kritik zu stellen.

Als Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes habe ich seit Jahren im Zusammenhang mit der Gebiets- und Verwaltungsreform, die langsam ihrem Ende zugeht, darauf hingewiesen, welche Gefahren diese Maßnahmen mit sich bringen können. Von ca. 24.000 Gemeinden mit eigenen Parlamenten sind mittlerweile 14.000 durch die Gebiets- und Verwaltungsreform verschwunden. Es ist klar, daß dadurch auch für den Bürger der unmittelbare Kontakt zu einer Vielzahl von Parlamentariern schwerer und der Abstand zwischen Wählern und Gewählten größer geworden ist. Auf der anderen Seite wird es den gewählten Vertretern der Bürger immer schwerer gemacht, einen heißen Draht zu den Manen zu unterhalten, die ihn gewählt haben und die er vertreten

soll. Jeder Mandatsträger muß sich um einen viel größeren Personenkreis kümmern als früher. Es ist nicht übertrieben, von einer Lücke zu sprechen, die die Gebiets- und Verwaltungsreform in vielen Bereichen zwischen Mandatsträgern auf der einen Seite und den Bürgern auf der anderen Seite geschaffen hat.

Die entscheidende Frage ist: Wer füllt diese Lücke aus? Es ist konkret zu fragen: Gelingt es den politischen Parteien, diesen Raum zur Zufriedenheit der Bürger und zum Wohle der jeweiligen Gemeinwesen auszufüllen, oder fühlt sich der Bürger mit einigen, ad hoc auftretenden Problemen alleingelassen. Diese Frage läßt sich sicherlich nicht generell beantworten. Es hat den Anschein, als seien die Beziehungen zwischen dem Bürger und den Mandatsträgern in den Städten enger als im ländlichen Raum. Größere Entfernungen im Raum schaffen zwangsläufig größere Hindernisse, nicht nur in der Kommunikation, sondern auch in der Kenntnis der lokalen Probleme. So ist die Frage, ob es beispielsweise Ortsbeiräte überhaupt noch gelingen kann, als regulativ zwischen Bürgern und Parlamenten zu wirken. Außerdem ist ja ihre Kompetenz begrenzt, so daß sie nur zu bestimmten Fragen - und meistens nur empfehlend - Stellung nehmen können.

Es wäre bedauerlich, wenn sich heute der Gesetzgeber fragen müßte, ob er richtig gehandelt hat, als er die Verantwortung weiter weg vom Bürger etabliert hat. Hier ist ganz konkret die Frage der politischen Kraft und der Möglichkeiten der kommunalen Selbstverwaltung angesprochen. Selbstverwaltung und Bürgernähe kann man ja nicht nur mathematisch und ökonomisch betrachten. Über beide Kriterien hinaus ist es entscheidend, daß die Selbstverwaltung zur Funktionsfähigkeit in unserer Demokratie beiträgt.

Es wird manchmal behauptet, als schickten sich die sog. Bürgerinitiativen an, die aufgezeigte Lücke zu füllen. Ich glaube aber, daß hier eine Unterscheidung angebracht ist. Abgesehen davon, daß man positive, also ein positives Ziel verfolgende Bürgerinitiativen (das kann die Forderung z.B. nach Bau eines Altenheimes, das kann aber auch die Abwehr von Verwaltungsmaßnahmen sein, die offensichtlich fehlerhaft oder sachlich nicht wünschenswert sind) von negativen trennen muß, liegt die Hauptzäsur nach meiner Auffassung darin, ob es sich um eine örtliche oder eine überörtliche Bürgerinitiative auf Landes- oder Bundesebene handelt. Örtliche Initiativen entstehen meistens spontan und kämpfen für ein Einzelproblem, das von vielen Bürgern als Objekt für ein Engagement empfunden wird. Örtliche Bürgerinitiativen, die natürlich auch negativ sein können, haben vom Blickpunkt der Demokratie her eher eine anregende als eine problematische Seite. Man kann sie als Korrelat zu politischen Parteien nur selten ersetzen wollen. Zudem ist wegen des örtlichen Rahmens ihr Ziel leicht zu erkennen; ihre Aktionen sind einfach zu verfolgen, und schließlich sind die Personen, die für die Bürger-

initiative handelnd auftreten, durchweg bekannt. Bei einer solchen Konstellation spielt es letztlich auch keine große Rolle, wie die Bürgerinitiative nach innen organisiert ist, ob ihre Sprecher nach gewissen demokratischen Formalien gewählt sind, ob es sich um einen eingetragenen Verein handelt (die Spontaneität verbietet dies häufig) oder nicht.

Anderes gilt für die überörtlichen Bürgerinitiativen. Hier fehlt es oft an vielem, was die örtlichen Bürgerinitiativen legitimiert, und der Grundsatz, daß die Entscheidungen letztlich die treffen müssen, denen die politische Verantwortung von der Gesamtheit der Bürger in demokratischen Wahlen übertragen worden ist, ist in Gefahr. Hier ist zu fordern, daß die Bürgerinitiativen gewissen demokratischen Grundformen angepaßt werden müssen; sie müssen transparent sein. Es besteht ein ernsthaftes Bedürfnis zu wissen, mit wem man es zu tun hat, insbesondere dann, wenn die Bürgerinitiativen gegenüber den politischen Gremien auftreten, mit ihnen sprechen und verhandeln wollen. Ob sie nun private oder öffentliche Interessen vertreten: Sie müssen sich wie jede Lobby, wie jede Interessenvertretung gegenüber den Parlamenten ausweisen, es müssen Ross und Reiter genannt werden. Es muß klar zu erkennen sein, wer spricht und wofür er spricht. Das ist das Mindeste, was an Deklarationspflicht vorhanden sein muß. Darüber hinaus müssen die Sprecher in einem Verfahren bestimmt werden, das eine demokratische Legitimation ergibt.

Vor allem aber sind auch die Parteien dazu aufgefordert, durch die aktive und rechtzeitige Wahrnehmung aktueller Probleme und Mißstände im kommunalen und regionalen Bereich der Gefahr entgegenzuwirken, daß Bürgerinitiativen in der Sackgasse eines bloßen Anti-Parteien-Effektes enden. Das demokratische Verdienst der Bürgerinitiativen wird sich gerade auch daran messen lassen, inwieweit es ihnen bei ihren Aktivitäten in der Tat z.B. um Nachbarschaftshilfe, um Umweltschutz, Bildungsprobleme oder Minderheitenschutz geht. Daß Gewalt bei der Durchsetzung dieser Ziele kein legitimes demokratisches Mittel sein kann und darf, versteht sich von selbst. In einer Phase der Konsolidierung und Solidarisierung von Bürgerinitiativen ergibt sich zudem die Gefahr, daß Gruppen, die in Wirklichkeit weder nach ihrer Struktur noch ihrer Zielsetzung Bürgerinitiativen sind, sich dieses Mantels bedienen, um auf diese Weise das allgemeine Wohlwollen für Bürgerinitiativen mit auszunutzen. Gegen diesen Mißbrauch eines guten Namens müssen sich wirkliche Bürgerinitiativen absetzen. In einer transparenten demokratischen Gesellschaft muß auch für diese Initiativen Transparenz gelten, wird der Einfluß extremer oder radikaler Gruppen am besten enttarnt, wenn Ross und Reiter genannt werden.

Die Diskussion über die Frage, wie man die Bürgerinitiativen einzuordnen hat, ist im vollen Gange. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, aktuelle Themen in einer Podiumsreihe zu diskutieren, hält diese Frage für so wichtig, daß er die nächste Veranstaltung in diesem Frühjahr diesem wichtigen Thema widmen will. (-/15.2.1977/ks/lo)

+ + +

Wie es um Berlin wirklich steht  
-----

Eine ermutigende Bilanz steht gegen die Miesmacherei der CDU

Von Waldemar Schulze MdB

Stellv. Obmann des Ausschusses für innerdeutsche Beziehungen

In einem Interview mit der "Welt" vom 7. Februar 1977 befaßt sich der Berliner CDU-Bundestagsabgeordnete Lorenz u.a. auch mit Berlin, und er stellt fest, daß bei allen Erleichterungen und Fortschritten, die es für die Bevölkerung gegeben hat, die Lage Berlins in ganzen eher schlechter geworden ist.

Leider reiht sich dieses Interview in die Polemik und negative Stimmungsmache ein, die die Berliner CDU in den letzten Monaten betrieben hat. Es fehlt jeder konstruktive Ansatz. Das Ganze zielt nur auf Verunsicherung der Bevölkerung und macht erneut deutlich, daß der CDU die ganze Richtung, d.h. die Entspannungspolitik, nicht paßt. Wenn Herr Lorenz bereit wäre, einmal nüchtern Bilanz zu ziehen, würde ihm auffallen, daß

- in der Zeit von 1972 bis 1976 11,4 Millionen Berliner im Rahmen des Reise- und Besucherverkehrs die DDR und Ost-Berlin besucht haben,
- allein 1976 12,9 Millionen Reisende die Transitwege benutzt haben und dies ohne Schwierigkeiten und
- täglich 20.000 Telefongespräche nach Ost-Berlin und in die DDR geführt werden.

Allein schon diese Zahlen lassen die Äußerungen von Herrn Lorenz unglaubwürdig erscheinen. Dann stellt er weiter fest, daß Berlin aus dem internationalen Verkehr, aus den Sportbeziehungen sowie aus dem Messe- und Ausstellungswesen herausgehalten werden soll. Auch hier muß er sich fragen lassen, ob er die letzten Monate nicht in Berlin verbracht hat. Denn gerade

im letzten Jahr waren mehr Tagungen und große Kongresse als bisher in Berlin, haben wir eine weitere Zunahme des Fremdenverkehrs zu verzeichnen und einige interessante Messen und Ausstellungen mit zum Teil sehr beachtlicher Resonanz - Rekord bei der 51. Internationalen Grünen Woche: 551.800 Besucher. Daß die neue Sportvereinbarung mit der DDR abgeschlossen ist, die sicher hätte umfangreicher sein können, aber in die Berlin (West) einbezogen ist, muß wohl Herrn Lorenz auch entgangen sein. Auch seine Bemerkung, daß die Bereitschaft der Wirtschaft, in Berlin zu investieren, erheblich abgenommen habe, kann so nicht stehen bleiben. Richtig ist, daß noch mehr Betriebe in Berlin investieren könnten. Hier kann man dem Berliner CDU-Vorsitzenden nur ein Informationsgespräch mit der Industrie- und Handelskammer empfehlen, denn es gibt gerade aus der letzten Zeit hervorragende Beispiele, die erwähnenswert sind, zum Beispiel Schering und BMW; weit über 1.000 Arbeitsplätze wurden von ihnen neu geschaffen. Dies könnte ein Signal sein; zumindest sollte es die CDU veranlassen, ihre Miesmacherei endlich aufzugeben.

Aber auch der Hinweis, daß sich der Bund in erster Linie für Berlin engagieren soll, da die Wirtschaft es nicht tun wird, wenn die politische Führung nicht vorangeht, ist unverständlich. Gerade der Berliner Oppositionsführer müßte wissen, daß wir inzwischen die stattliche Zahl von 65 Einrichtungen des Bundes mit rd. 28.000 Beschäftigten in Berlin haben und darüber hinaus noch europäische und außereuropäische Einrichtungen. Die Errichtung einer weiteren hervorragenden Institution in Berlin, - der Führungs- und Verwaltungsakademie des Deutschen Sportbundes -, ist auf Betreiben der SPD-Fraktion beschlossen worden.

Diese kurze Bilanz zeigt, daß es so schlecht um Berlin wohl nicht stehen kann, wie es Lorenz und seine Berliner CDU der Bevölkerung gern glauben machen möchten.

Aber nichts ist so gut, daß es nicht noch besser werden könnte. Die SPD-Fraktion hat inzwischen verschiedene Initiativen ergriffen, und der Parteivorstand hat eine Berlin-Kommission unter Vorsitz von Willy Brandt eingesetzt. Die SPD wird sich weiter für Berlin engagieren. Und wo bleibt die CDU - sie hat sich erst einmal auf den Herbst vertagt.

(-/15.2.1977/va/la)

+ + +

Wieder eine echte "Sauerei"  
-----

Den Aussiedlern helfen und nicht Haß schüren

Von Rudolf Hauck MdB

Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Jugend, Familie und Gesundheit

Was ist eigentlich mit der CDU los, die es zuläßt, daß der Abgeordnete Sauer immer wieder neu das politische Klima vergiftet? Viele Bürger in unserem Land haben seinen Zwischenruf und seine Erklärung im Plenum des Deutschen Bundestages als eine echte "Sauerei" empfunden und danach gefragt, was dies eigentlich soll.

Nun hat sich Sauer ein neues Aktionsfeld gesucht, anstatt sich als Christ und Demokrat in den Fragen der Eingliederung der Aussiedler positiv zu engagieren. In seiner gewohnten gefährlichen Art und damit verbundenen Diffamierung nimmt er 13 Worte eines 53zeiligen Interviews zum Anlaß zu behaupten, die SPD diffamiere Aussiedler und Vertriebene.

Nach der Rückkehr von einer Polen-Reise habe ich am 17. Januar 1977 dem Parlamentarisch-Politischen Pressedienst ein Interview gegeben und auf die Frage, ob wir in Polen darüber gesprochen hätten, daß eine wachsende Zahl von Aussiedlern mit den Verhältnissen in der Bundesrepublik Deutschland nicht zurecht kommt und wieder nach Polen zurück will, wie folgt geantwortet:

"Die polnische Seite hat selbstverständlich registriert, daß die Integration der Umsiedler in der Bundesrepublik gelegentlich zu Schwierigkeiten führt."

Dies trifft insbesondere für jüngere Menschen zu. Dies ist aber vor allem ein innerdeutsches Problem und wird von den Polen so behandelt. Ich habe erklärt, daß wir alles tun müssen, um diese Menschen in unserer Gesellschaft aufzunehmen und nicht zulassen dürfen, daß das Polen-Bild in unserer Gesellschaft von den Umsiedlern geprägt wird. Die Gesamtgesellschaft ist aufgefordert,

nicht nur verbal etwas für diese Menschen zu tun, sondern zu handeln und - so wie es Bundespräsident Walter Scheel in seiner Weihnachtsansprache gesagt hat - wirklich tätige Hilfe zu leisten. Das ist eine Aufgabe, die wir erfüllen müssen."

Herr Sauer sollte sich als noch lernender Bürger in eine stille Ecke zurückziehen und als Demokrat zur Kenntnis nehmen, was Sozialdemokraten und ihr Partner für die Deutschen geleistet haben, um ihre Aussiedlung aus allen Staaten des Ostblocks, aber insbesondere aus Polen zu bewirken, und für ihre materielle und gesellschaftliche Eingliederung allein im Jahr 1976 taten.

Deutsche leben nach ihrer Umsiedlung in Deutschland. Das Bild, was wir alle ihnen vermitteln müssen, ist das eines demokratischen und sozialen Rechtsstaates. Herrn Sauer sei ins Stammbuch geschrieben, was die Bundesregierung anlässlich der Verabschiedung des Eingliederungsprogramms für Aussiedler am 14. Mai 1976 erklärt hat (Bulletin vom 14. Mai 1976):

"Die Bundesregierung ist sich bewußt, daß eine schnelle und vollständige Eingliederung nur dann Erfolg haben kann, wenn die Bevölkerung die Aussiedler mit Verständnis und Hilfsbereitschaft als willkommenen Mitbürger aufnimmt. Die Bundesregierung appelliert an alle Bürger in diesem Lande, hierbei mitzuhelfen, wenn immer sich dazu eine Möglichkeit ergibt. Sie setzt sich insbesondere dafür ein, daß einheimische Familien Patenschaften für Aussiedler übernehmen, um diesen das Einleben in der neuen Heimat zu erleichtern."

(-/15.2.1977/va/10)

+ + +